



**Haushaltsrede
von Ingo Stude für die SPD
vor dem Rat der Stadt Drensteinfurt am 18.12.2017**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Grawunder,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Drensteinfurt,
sehr geehrte Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

die diesjährige Haushaltsdiskussion wurde in vielen Punkten sehr sachlich, durch die Haushaltsrede des Bürgermeisters im Bereich Schule aber teilweise auch sehr emotional geführt. Ich möchte hier auf einige wesentliche Punkte des Haushaltes im Einzelnen eingehen.

Zunächst ist festzustellen, dass die Stadt Drensteinfurt in naher Zukunft viel investieren wird. Dies hat unterschiedliche Gründe, ist aber in jedem Fall sinnvoll, da Investitionen zu Zeiten geringer bzw. nahezu keiner Zinsen geboten sind, sofern diese sinnvoll erfolgen.

Es wurde beschlossen, den Bereich am Mondscheinweg als Bauland auszuweisen. Hier wird über ein Bodenmanagement ein sehr großer Bereich erworben. Dieser wird in der Folge dann von der Stadt wieder veräußert und so zu Erträgen führen. Die erstmals in diesem Zusammenhang gebildete Arbeitsgruppe der Fraktionen mit der Verwaltung hat nach meiner Ansicht bei Ihren drei Treffen zu einem guten Ergebnis geführt.



Es bleibt in diesem Zusammenhang bei der Meinung der SPD, dass zu Beginn und während des Prozesses eine Beteiligung der Bürger wünschenswert gewesen wäre. Dies hätte durch Informations- und Diskussionsabende erfolgen können. Das Ergebnis kann sich aus unserer Sicht aber sehen lassen, da in dem Gebiet in bisher nicht bekannter Weise auch bezahlbarer Wohnraum entstehen soll. Dies ist seit vielen Jahren eine Forderung der SPD und findet hier nun endlich auch breite Zustimmung bei anderen Parteien, welche das bisher immer verhindert haben. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen wird eine entscheidende soziale Frage der Zukunft für alle Kommunen werden. Drensteinfurt im Speckgürtel der schnell wachsenden Stadt Münster muss hier ebenfalls Vorsorge treffen.

Auch in Walstedde wird der 2. Bauabschnitt des Bereiches „Kerkpatt“ realisiert, in Drensteinfurt wird zudem noch das Baugebiet „Blumenstraße“ erschlossen. Die SPD Drensteinfurt begrüßt diese Entwicklung ebenso wie die Erweiterung des Gewerbegebietes Viehfeld.

In Rinkerode werden die Umkleidekabinen des SV Rinkerode im unteren Bereich für 50 T€ komplett saniert. Dies unterstützt die SPD gerne – der Bedarf ist an der Stelle ganz sicher vorhanden.

Eine weitere erhebliche Investition ist die des Umbaus der Lambertusgrundschule in Walstedde. Hier wird aufgrund der besonderen Förderung von Kindern mit Behinderung an dieser Schule ein barrierefreier Ausbau erfolgen, welcher im Jahr 2018 mit 1,2 Mio. € und 2019 mit 800 T€ zu Buche schlägt. Ein Teil dieser Gelder wird über das noch von der SPD-Landesregierung eingeführten Programms „Gute Schule 2020“ bereitgestellt. Bereits jetzt sind auch wieder Verbesserungen an

den weiteren Schulen geplant, welche wir ausdrücklich begrüßen.

In dem Zusammenhang ist die wohl emotionalste Diskussion im Rahmen der Haushaltsberatungen geführt worden, und zwar zur Trägerschaft der Offenen Ganztagschulen. Wir sind froh, dass die ja nun offensichtlich von allen Beteiligten – Eltern, Lehrern und Kindern – geschätzte OGS-Leitung an der Grundschule in Drensteinfurt bei dem Mütterzentrum Beckum verbleibt. Die Stadt als Träger hat hier nach unnötigen Irritationen ebenfalls klargestellt, dass es bei der Trägerschaft bleibt und keine Kündigung erfolgt. Nun sollen auch die anderen Offenen Ganztagschulen möglichst in die Trägerschaft des Mütterzentrums Beckum überführt werden. Dies ist ganz bestimmt eine sinnvolle Maßnahme, welche aber selbstverständlich rechtlich sauber durchgeführt werden muss. Es sollte daher nicht der Eindruck eines Automatismus geweckt werden, wie dies von der CDU dargestellt wurde. Mit Klagen gegen die Ergebnisse von Ausschreibungen hat die Stadt leider in der Vergangenheit schon Erfahrungen sammeln müssen. Da sollten keine weiteren hinzukommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir nun schon bei dem Thema der Offenen Ganztagschulen sind muss selbstverständlich auch das Thema der Beiträge behandelt werden. Die SPD Drensteinfurt hat hier den Antrag gestellt, die Beiträge innerhalb von 5 Jahren sukzessive komplett abzuschaffen. Mit der schrittweisen Reduzierung hätte sich die Stadt auch auf die vermutlich steigenden Anmeldezahlen einstellen können. Hintergrund ist unsere Auffassung, dass Bildung von der KiTa bis zum Studium und auch dem Meisterbrief gebührenfrei sein muss. Durch Streichung von Gebühren werden Eltern stärker entlastet als durch Steuersenkungen. Auch doppelt verdienende Paare reduzieren oft Arbeitszeiten und haben hierdurch Ein-



kommensverluste. Da können diese Eltern das eingesparte Geld an anderer Stelle ebenfalls gut gebrauchen.

Die Beiträge der OGS belaufen sich jährlich auf ca. 190 T€. Dies entspricht dem ungefähren jährlichen Defizit des Freibades oder dem 1,5-fachen unserer Kosten für die Musikschule. Zwei Positionen, welche wir hier ausdrücklich nicht zur Diskussion stellen wollen. Es soll nur verdeutlicht werden, dass die Umsetzung durchaus finanziell möglich ist, wenn man dies denn will. Enttäuscht waren wir bei der Abstimmung von den Grünen, welche hier dagegen gestimmt und sich enthalten haben. Erfreut waren wir, dass die FDP uns hier zugestimmt hat. An dieser Stelle will ich für die SPD Drensteinfurt ausdrücklich betonen, dass wir die Finanzierung sämtlicher Bildungskosten für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe halten. Diese muss von Bund und Land und nicht den Kommunen geleistet werden. Neben der schrittweisen Abschaffung der Gebühren wäre selbstverständlich der Druck auf sämtliche Parteien in Land und Bund aufrecht zu erhalten, nicht nur Sonntagsreden zur besseren Bildung zu halten, sondern dies auch zu finanzieren. Nun ist dieser Antrag der SPD leider abgelehnt worden.

Wir haben dann bei den weiteren Anträgen zur Reduzierung der OGS-Beiträge in der niedrigsten Einkommenskategorie selbstverständlich zugestimmt. Jede Verbesserung an dieser Stelle wird von der SPD begrüßt. Nachdem die CDU im Schulausschuss noch alle Anträge zur Reduzierung der Gebühren abgelehnt hat, wurde im Haupt- und Finanzausschuss dann von ihr doch immerhin dem Vorschlag des Bürgermeisters zugestimmt. Vielleicht hat zu diesem erfreulichen Umdenken auch die E-Mail an sämtliche Fraktionen von einer engagierten Bürgerin beigetragen, welche selbst ehrenamtlich in diesem Bereich tätig ist. Unser Dank gilt somit auch dieser Bürgerin.

Die Reinigung der städtischen Gebäude erfolgt wieder durch Personal der Stadt und nicht durch einen externen Dienstleister. Neben der Schaffung von regionalen Arbeitsplätzen versprechen wir uns hiervon auch eine verbesserte Reinigungsleistung. Diese wird durch den persönlicheren Bezug erreicht. Eine Einschätzung, welche auch von Schulen der Stadt aufgrund früherer Erfahrungen geteilt werden. Dass hierdurch nun sogar 40 T€ jährlich eingespart werden können ist selbstverständlich ein weiterer positiver Aspekt. Die SPD begrüßt diese Maßnahme des Bürgermeisters.

Im sozialen Bereich weise ich auch noch auf die Finanzierung des Landes der Kosten für die Geflüchteten hin. Den lautstarken Forderungen der CDU und FDP, die Bundesmittel 1:1 an die Kommunen weiter zu leiten, ist keine entsprechende Regelung nach der Wahl gefolgt. Weder im Koalitionsvertrag noch im anschließenden Handeln ist dieses Versprechen umgesetzt worden. Ein klarer Wortbruch der neuen Landesregierung! Diese muss wegen der noch bei keinem Regierungswechsel und somit beispiellosen Schaffung von 139 neuen Stellen in Ministerien mit Kosten von 7 Mio. € vermutlich das Geld zusammenhalten. Der Plan für die Streichung des Zuschusses für das Sozialticket wurde zum Glück nach den lautstarken Protesten wieder fallen gelassen. Ich persönlich befürchte nur vorerst. Auch hier müssten die Kommunen dann durch mehr Arbeit für die Prüfung und die Gewährung von Fahrtkostenzuschüssen für die sozial Schwächsten der Gesellschaft einspringen. Es bleibt Aufgabe aller kommunalen Mandatsträger, auf eine auskömmliche Finanzierung ihrer Aufgaben bei den Landes- und Bundespolitikern hinzuwirken.



Eine weitere erhebliche geplante Investition ist der Teilabriss und Neubaus des Rathauses. Hierfür werden in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt 3,9 Mio. € für das Gebäude und das Inventar bereitgestellt. Die SPD hat dieser Planung zugestimmt.

Vorgesehen und unstrittig war schon vor 2 Jahren der barrierefreie Umbau des Rathauses welcher Kosten von 800 T€ verursacht hätte. Hierdurch wäre kein neuer Raum für die Verwaltung entstanden. Da die Verwaltung erkennbar an die Grenzen der Kapazität stößt wurde die Planung eines Gesamtkonzeptes von der CDU beantragt und einstimmig beschlossen.

Bei Ausgaben in dieser Höhe ist es wünschenswert, zwei alternative Konzepte als Entwurf vorgelegt zu bekommen. Derzeit liegt lediglich ein Vorschlag vor, welchem aber auch noch nicht zugestimmt wurde. Lediglich die Mittel für den aus unserer Sicht absolut notwendigen Umbau werden bereitgestellt. Mitarbeiter sitzen in Teeküchen und teilen sich nach Arbeitsrichtlinien zu kleine Büros. Sowohl die energetische Bilanz als auch die prozentuale Nutzung der Fläche sind im Altbau definitiv schlecht.

Durch das nun vorliegende Konzept werden zeitgerechte, völlig normale Arbeitsbedingungen geschaffen. Das Konzept hat eine geringe aktuelle Raumreserve, welche jedes private Unternehmen bei einem Neubau berücksichtigen würde. Langfristig wurde durch die technische Möglichkeit der Aufstockung des neuen Baukörpers auch eine weitere mögliche Entwicklung vorausschauend berücksichtigt. Diese muss selbstverständlich nicht genutzt werden, sofern sie nicht notwendig ist. Nachdem die erste behindertengerechte Toilette viele Jahre auf sich hat warten lassen, würde hier nun jederzeit zugänglich eine zweite in der Stadt entstehen.



Bis zu diesem Punkt verstehen wir nicht, weshalb der Planung hier von einigen so kritisch gegenübergestellt wird. Bei der Bewilligung der Planung hat keine Partei die Forderung nach zwei Entwürfen gestellt. Die Verwaltung hat sich zunächst an zwei und im weiteren Verlauf dann nur noch an einen der beiden Architekten gewendet. Dieser Architekt hat sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich schon viele Projekte in Drensteinfurt realisiert, wie zum Beispiel den Bau der Feuerwache. Er verdient dadurch einen Vertrauensvorschuss. Für die Zukunft sollte aber klar vereinbart werden, dass bei Ausgaben ab einer bestimmten Höhe wie z.B. 1 Mio. €, immer mindestens zwei alternative Vorschläge vorzustellen sind.

Stark diskutiert wird ebenfalls die Verlegung des Ratssaales von der Alten Post in das Rathaus. Ich sehe hierin eine Chance für die Innenstadt, das Bürgerhaus „Alte Post“ in Zukunft noch stärker nutzen zu können. Der Bürgermeister hat hierzu schon Vorschläge wie eine private Nutzung des Saales nach einer Hochzeit mit Hilfe eines Caterers und auch die Vermietung an Vereine vorgeschlagen. Langfristig wäre es vielleicht sogar möglich, hier eine von vielen Bürgerinnen und Bürgern ersehnte gastronomische Nutzung zu ermöglichen.

Die SPD kann sich auch eine Nutzung der oberen Etage als Gästezimmer „*Übernachten in einem alten 4-Stände-Haus*“ vorstellen. Eine solche oder ähnliche Nutzung wäre ein echter Gewinn für die Innenstadt, deren Belebung doch wir alle hier zum Ziel haben.

Die Auslastung der Alten Post ist auch nach einem Umzug von Rat und Ausschüssen absolut gegeben.

Wenn wir diese Chance jetzt nicht nutzen, ist diese für die nächsten 20 Jahre vermutlich wieder dahin. Ich schlage hier nochmals vor, den Architekten aufzufordern, eine zweite Alternative ohne Ratssaal zu erstellen. Die Ratsfraktionen sollen dann entscheiden, welcher Vorschlag umgesetzt wird. Nur so kann eine unbefriedigende längere Verzögerung vermieden werden.

Das sich ein Ratssaal in einem Rathaus befindet, ist die Regel und nicht die Ausnahme. Auch in Drensteinfurt wäre dies nun möglich – und nach meiner persönlichen Meinung auch sinnvoll.

Die SPD hat im Zuge der Haushaltsberatungen noch Anträge gestellt, auf welche ich kurz eingehen möchte.

Für die Kreuzung L671/K21 in Mersch soll der Kreis Warendorf aufgefordert werden, hier einen Kreisverkehr zu erreichen. Dies führt nachweislich zu einer erhöhten Sicherheit an dieser gefährlichen Stelle. Die Stadt Drensteinfurt ist hier nicht zuständig. Durch stetige öffentliche Forderungen und auch Initiativen der Verwaltung soll der Druck auf den Kreis aufrechterhalten werden. Dieser Antrag wurde als Anregung aufgenommen, das Ziel wird weiterverfolgt.

Wir haben beantragt, wegen der Umbaumaßnahmen in der Innenstadt und den damit verbundenen Einschränkungen den Marktbesckickern die Marktabgaben für die Zeit des Umbaus zu halbieren. Dies hätte Kosten von ca. 2.000 € verursacht, wurde aber von den anderen Fraktionen abgelehnt. Interessant insbesondere bei Fraktionen welche sich sonst immer für die Wirtschaft einsetzen.



Ein weiterer Antrag mit einem geringen Volumen ist einstimmig beschlossen worden. Die übergangsweise Aufstockung des Budgets für die Städtepartnerschaft mit Ingré von € 1.500,- auf € 3.000,- bis zu dem Zeitpunkt der Etablierung eines Fördervereins der Städtepartnerschaft.

Das Weihnachtsmarktwochenende mit den französischen Gästen, welche nun zu französischen Freunden geworden sind, war eine tolle Erfahrung. Die Städtepartnerschaft wird nun sicherlich vollzogen werden. Die SPD glaubt, dass die Bürgerinnen und Bürger von Drensteinfurt, Rinkerode und Walstedde sich hier ebenfalls einbringen werden und freut sich auf die sich dadurch auch bei uns vertiefende deutsch-französische Freundschaft.

Allen Unterstützern dieses Wochenendes aus der Verwaltung und der Bevölkerung spricht die SPD hier noch einmal ihren ausdrücklichen Dank aus.

Merci beaucoup.

Der letzte Antrag war die Rückführung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf den aktuellen fiktiven Hebesatz. Die Prognose der zukünftigen finanziellen Entwicklung der Stadt hat sich stark verändert. Hiervon hätte man einen Teil auch wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben können. Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden. Wir halten aber das Ziel des Bürgermeisters, dies zukünftig bei ggf. ausgeglichenen Haushalten zu vollziehen, für richtig.



Der Fehlbetrag im Haushalt ist durch die beschlossenen Änderungen von knapp 160 T€ auf 220 T€ gestiegen.

Es ist ein solider und gut aufgestellter Haushalt für das Jahr 2018.

Dieser wurde trotz zweier in diesem Jahr erstellter Jahresabschlüsse für die Jahre 2015 und 2016 und eines personellen Engpasses erneut noch in diesem Jahr für das Folgejahr erstellt. Hierfür auch noch einmal herzlichen Dank an Herrn Herbst und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir liegen nun an dieser Stelle erstmalig in Drensteinfurt „voll im Soll“.

Die SPD stimmt dem Haushalt zu.

Schließen möchte ich wie gewohnt mit einem Zitat.
In diesem Jahr von Inge Meysel:

*„Ich liebe Wortgefechte –
wenn die Messer von vorne kommen.“*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.